

Michael Reder

Hanna Pfeifer

Mara-Daria Cojocaru (Hrsg.)

Was hält Gesellschaften zusammen?

Der gefährdete Umgang
mit Pluralität

Gesellschaften sind heute von funktionaler Ausdifferenzierung, Individualisierung und Pluralisierung gekennzeichnet. Dies lässt die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt virulent werden. Die Politik sucht nach Wegen, mit dieser Vielfalt umzugehen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken. Davon zeugen Debatten über Bildungspolitik, Sprachkurse und Leitkultur, Runde Tische oder Islamkonferenzen. Die Politische Philosophie hat in den vergangenen Jahrzehnten darauf aufmerksam gemacht, dass der Umgang mit Pluralität einer differenzierten und multiperspektivischen Diskussion im Lichte der vielfältigen Parameter von gesellschaftlicher Vielfalt bedarf. Was also hält Gesellschaften überhaupt (noch) zusammen? Und wie gelingt der Umgang mit legitimer Pluralität? Der Band versammelt Beiträge aus der Philosophie und aus den Sozial- und Kulturwissenschaften, die aus ihren jeweiligen Perspektiven Antwortvorschläge formulieren.

Prof. Dr. Michael Reder und Mara-Daria Cojocaru M.A. lehren an der Hochschule für Philosophie München. Hanna Pfeifer M.A. ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Universität Magdeburg.

Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur

Veröffentlichungen
des Forschungs- und Studienprojekts der
Rottendorf-Stiftung
an der Hochschule für Philosophie
Philosophische Fakultät S.J., München

Herausgegeben von

Norbert Brieskorn, München
Georges Enderle, Notre Dame/USA
Franz Magnis-Suseno, Jakarta
Johannes Müller, München
Franz Nuscheler, Duisburg

Band 23

Michael Reder
Hanna Pfeifer
Mara-Daria Cojocaru (Hrsg.)

Was hält Gesellschaften zusammen?

Der gefährdete Umgang mit Pluralität

Mit Beiträgen von
Aleida Assmann, Michael Bordt, Armin Nassehi,
Hanna Pfeifer, Christoph Schumann,
Andreas Trampota, Hans van Ess und
Christoph Weller

Verlag W. Kohlhammer

Alle Rechte vorbehalten
© 2013 W. Kohlhammer GmbH Stuttgart
Umschlag: Gestaltungskonzept Peter Horlacher
Gesamtherstellung:
W. Kohlhammer Druckerei GmbH + Co. KG, Stuttgart
Printed in Germany

Print:
978-3-17-022964-8

E-Book-Formate
pdf: 978-3-17-026418-2
epub: 978-3-17-027168-5
mobi: 978-3-17-027169-2

Inhaltsverzeichnis

Michael Reder/Hanna Pfeifer/Mara-Daria Cojocaru

Was hält Gesellschaften zusammen? Eine Einführung

Armin Nassehi

Inklusion, Exklusion, Zusammenhalt. Soziologische Perspektiven auf eine allzu erwartbare Diagnose

Christoph Weller

Konflikte in der pluralisierten Gesellschaft. Oder: Integration durch Konfliktbearbeitung

Hans van Ess

Konfuzianismus und gesellschaftlicher Zusammenhalt?

Christoph Schumann

Die politische Artikulation der Gesellschaft. Politische Ordnung und Revolte in der Arabischen Welt

Aleida Assmann

Die trennende und verbindende Kraft von Erinnerungen in Europa

Michael Bordt SJ

Die Priorität des Wollens vor dem Sollen

Andreas Trampota

Das Verhältnis von Werten und Normen im interkulturellen ethischen Diskurs

Hanna Pfeifer

Gefährdete Pluralität und Kandidaten für gesellschaftlichen Zusammenhalt

Autor/-innen und Herausgeber/-innen

Was hält Gesellschaften zusammen? Eine Einführung

Michael Reder, Hanna Pfeifer, Mara-Daria Cojocaru

1 Soziale und kulturelle Vielfalt als Ausgangspunkt

Die Frage nach gesellschaftlichem Zusammenhalt ist eine zentrale Frage moderner Gesellschaften – gerade und vor allem, weil diese zunehmend heterogener werden. Moderne Gesellschaften sind heute durch eine enorme Pluralität gekennzeichnet: Es existieren eine Vielzahl von Meinungen, Wertvorstellungen, kulturellen Traditionen und Weltanschauungen, die das Zusammenleben prägen. Es gibt Mozart- und Lady Gaga-Fans, Veganer und Fleischesser, Neokonservative und Ökobewegte, Progressive und Fortschrittsskeptiker, und es gibt Muslime, Katholiken und Esoteriker. Alle sind gleichermaßen Teil der Gesellschaft, wobei die Vielfalt entsprechend dem Land beziehungsweise dem kulturellem Kontext unterschiedlich ausfällt. Diese Pluralität ist dabei gesellschaftstheoretisch auf unterschiedlichen Ebenen angesiedelt, sie kennzeichnet sowohl die privaten Lebenswelten als auch den öffentlichen, kulturellen oder politischen Raum.

Angesicht dieser großen Vielfalt wird seit einigen Jahren wieder intensiv die Frage nach dem gesellschaftlichen Zusammenhalt gestellt (Heitmeyer 1997; Bedford-Strohm 1999). Es geht darum, wie mit der komplexen Pluralität umgegangen werden soll und was Aspekte eines gesellschaftlichen Zusammenhaltes heute sein können. Diese Debatten führen in den Kern der Frage nach der Demokratie, denn letztlich versuchen westliche Gesellschaften mit der Demokratie als politischer Form einen angemessenen Umgang mit Pluralität herzustellen. Gesellschaftlicher Zusammenhalt ist deshalb nicht ein Wert per se, kein normatives Leitbild, sondern er kann erst vor dem Hintergrund seiner

Einbettung in demokratischen Institutionen angemessen analysiert und bewertet werden.

„Gesellschaftlicher Zusammenhalt alleine ist kein Wert an sich. Auch eine Diktatur kann geprägt sein durch gesellschaftlichen Zusammenhalt. Erst wenn es um den gesellschaftlichen Zusammenhalt in der freiheitlichen Demokratie geht, werden Werte angesprochen, zu denen wir uns bekennen: Freiheit, Menschenrechte, Toleranz.“ (Krüger 2009: 329)

Wahlen sind in Demokratien oftmals das typische Instrument, mit dem alle Bürger gleichermaßen in den politischen Prozess eingebunden und damit das Politische zur Sache aller Beteiligten gemacht werden soll. Dabei gilt formale Gleichheit: Alle Menschen haben das gleiche Recht sich zu äußern und ihre Stimme abzugeben. Die Entscheidung, wie politische Fragen zu lösen sind, fällt deshalb die Mehrheit.

Gleichzeitig ist seit einigen Jahren genau diese Betonung der Demokratie als Garant gesellschaftlichen Zusammenhalts in die Kritik geraten. Denn immer wieder wird in politischen Debatten argumentiert, dass Gesellschaften über die Freiheit und Gleichheit der Bürger hinaus eine gemeinsame kulturelle Basis brauchen – gerade in einer immer ausdifferenzierteren multikulturellen Gesellschaft. Die Rede ist dann oftmals von einer Leitkultur, die notwendig ist, um eine gesellschaftliche Einheit angesichts der wachsenden Pluralität herzustellen. Wie viel kulturelle Pluralität vertragen Gesellschaften und wie viel einheitliche Kultur ist notwendig, so die implizit gestellte Frage. Die Demokratie ist in diesem Zusammenhang manchen zu liberal, zu formal, weshalb die Vielfalt (z.B. kultureller Traditionen oder weltanschaulich gebundener Wertvorstellungen) an eine gemeinsame Leitkultur rückgebunden werden soll. Was mit dem Begriff ‚Leitkultur‘ genau gemeint ist in einer Gesellschaft wie der deutschen, in der das populärste Gericht der Döner ist und die höchsten Einschaltquoten Dieter Bohlens *Deutschland sucht den Superstar* erreicht, bleibt indes meist offen.

2 Der Anfang der Debatte: Liberalismus vs. Kommunitarismus

Die Ursprünge der Diskussion über die Bedeutung gesellschaftlichen Zusammenhalts finden sich aus sozialphilosophischer Perspektive in der Debatte zwischen Liberalismus und Kommunitarismus. Mit der *Theorie der Gerechtigkeit* hat John Rawls (Rawls 1979 [1971]) eines der wichtigsten Werke der Praktischen Philosophie des 20. Jahrhunderts vorgelegt und gleichzeitig einen Eckpfeiler des Liberalismus in den philosophischen Diskurs gesetzt. Seine Grundfrage ist, wie die Institutionen einer gerechten Gesellschaft aussehen sollen und welche Argumente sich hierfür anführen lassen. Rawls fragt nicht danach, was eine gerechte Handlung ist oder wodurch sich ein gerechter Mensch auszeichnet. Der erste Gegenstand der Gerechtigkeit ist die Grundstruktur der Gesellschaft als solche. „Gerechtigkeit ist die erste Tugend sozialer Institutionen.“ (Rawls 1979 [1971]: 19)

Um zu begründen, was eine gerechte Gesellschaft ausmacht, stellt Rawls ein Gedankenexperiment an: In der Tradition der Vertragstheorien stehend, fragt er danach, für welche Gesellschaftsordnung sich Menschen in einem fiktiven Urzustand entscheiden würden. Die Menschen im Urzustand haben, so seine Annahme, einerseits eine individuelle Vorstellung von ihrem eigenen Lebensplan und wollen diesen bestmöglich verwirklichen. Um ein möglichst gerechtes Verfahren zur Verteilung von Gütern und Rechten innerhalb einer Gesellschaft zu gewährleisten, nimmt Rawls an, dass die Menschen im Urzustand kein Wissen über persönliche Anlagen und Fähigkeiten, äußere Umstände, gesellschaftliche Positionen oder Generationenangehörigkeit haben. Sie befinden sich hinter einem „Schleier des Nichtwissens“ in diesem Urzustand und wissen nichts über ihre gesellschaftliche Ausgangssituation. Zudem sind sie durch wechselseitiges Desinteresse geprägt, d.h. ihre Entscheidungen werden nicht bedingt durch Gefühle der Sympathie oder Abneigung gegenüber anderen; auch gilt das Prinzip der Neidfreiheit. In einem Abwägungsprozess würden die Menschen nun hinter diesem Schleier des Nichtwissens überlegen, welchen allgemeinen Prinzipien sie zustimmen würden, um sowohl ihren Lebensplan als auch eine gerechte Gesellschaft bestmöglich verwirklichen zu können.

Die Schlussfolgerung, die Rawls für liberale Gesellschaften zieht, ist weithin bekannt. Menschen würden sich aufgrund dieser Überlegung auf zwei Gerechtigkeitsgrundsätze einigen: das umfangreichste System

gleicher Grundfreiheiten und das Differenzprinzip. Rawls legt mit dieser Gerechtigkeitstheorie den liberalen Ethikansatz des 20. Jahrhunderts schlechthin vor. Sie ermöglicht letztlich eine ethische Begründung des demokratischen sozialen Rechtsstaats. Denn das System der größtmöglichen Grundfreiheiten und das Verteilungsprinzip von Grundgütern führen, wenn man es politisch ausbuchstabiert, letzten Endes zu einem sozialstaatlich demokratischen Modell. Zentral für die Frage des gesellschaftlichen Zusammenhaltes ist, dass dieser über die rationale Begründung der beiden Gerechtigkeitsprinzipien hergestellt wird. Weil diese beiden Prinzipien für alle Menschen vernünftig sind, stellen sie den Kulminationspunkt ihrer Vorstellung von einer gerechten Gesellschaft dar. Gesellschaftlicher Zusammenhalt wird über diese beiden Prinzipien, und damit über eine bestimmte freiheitlich-demokratische Gestaltung von Institutionen gesichert.

Michael Walzers philosophische Position ist eine kommunitaristische Antwort auf die Theorie der Gerechtigkeit von Rawls (Walzer 1992). Walzer steht dabei auf der Seite des Kommunitarismus (vgl. exemplarisch MacIntyre 1987; Taylor 2002). Kommunitaristen betonen, dass Normen immer rückgebunden sind an die sprachlich, kulturell oder religiös definierte Gemeinschaft. In jeder Gemeinschaft existieren geteilte und gelebte Moralvorstellungen, welche die Basis für die Beurteilung von Handlungen in dieser Gemeinschaft sind. Mit dieser Perspektive soll betont werden, dass der Mensch nicht als ein vereinzeltes Individuum gedacht werden kann, wie das in der philosophischen Tradition der Neuzeit oft üblich gewesen ist. Hier wird die aristotelische Sozialnatur des Menschen in Anschlag gebracht.

Bezugspunkt für Walzers Nachdenken über Gerechtigkeit ist die jeweilige politische Gemeinschaft, die durch ein gemeinsames Bewusstsein von Sprache, Geschichte und Kultur geprägt ist. Gerechtigkeit ist deshalb immer ein relativer Begriff in Bezug auf diese Tradition und Struktur der jeweiligen Gemeinschaft. Gegen Rawls wendet Walzer ein, dass Gerechtigkeitsprinzipien nicht hinter einem Schleier des Nichtwissens gesucht werden können, sondern nur vor dem konkreten Hintergrund kultureller und geschichtlicher Erfahrungen. Sich über ein entsprechendes Verständnis kulturell und historisch gemachter Werterfahrungen hinwegzusetzen, bedeutet

ungerecht zu sein – so Walzers prägnante These. Jede Gemeinschaft hat also eine eigene Vorstellung von Gerechtigkeit, die es zu beachten und eigens zu reflektieren gilt. Gerechtigkeit gibt es nie als abstraktes zeitloses Prinzip, sondern nur als konkrete Realisierung. Deshalb geht Walzer auch davon aus, dass die soziale Bedeutung der Güter ihre Verteilung bestimmt: Verteilung kann nur in Bezug auf die Bedeutung der Güter innerhalb einer Gesellschaft gerecht sein. Gerechtigkeit wurzelt also „in all den Dingen, die eine gemeinsame Lebensweise ausmachen“ (Walzer 1992: 443).

Gegenüber den liberalen Theorien betont der Kommunitarismus also vor allem die gesellschaftlichen Unterschiede in Form von Bindung an Familien, Kulturen, Staaten oder moralische Gemeinschaften. Diese unterschiedlichen Formen der Vergemeinschaftung sind die Basis des gesellschaftlichen Zusammenhaltes. Werden sie missachtet oder für die Ordnung des Zusammenlebens zu rein formalen Prinzipien abstrahiert, besteht die Gefahr, dass der gesellschaftliche Zusammenhalt erodiert. Im Gegensatz zu liberalen Theorien betonen Kommunitaristen also deutlich stärker den Gemeinschaftsaspekt. Zudem sind sie skeptischer gegenüber der Idee einer gesamtgesellschaftlichen Rationalität.

3 Wie viel Gemeinschaft braucht eine plurale Gesellschaft?

Die Debatte zwischen Kommunitarismus und Liberalismus hat in den 1990er Jahren an Schwung deutlich verloren, nicht zuletzt, weil sich die zentralen Vertreter der beiden Theoriestrände in den wissenschaftlichen Debatten immer mehr aneinander angenähert haben (vgl. exemplarisch Walzer 2007). Will man genauer verstehen, wo die gegenwärtige Konfliktlinien in der Debatte über gesellschaftlichen Zusammenhalt verlaufen, so ist ein Blick auf die alltäglichen Verwendungsweisen des Begriffs ‚Pluralismus‘ hilfreich, unter denen drei als besonders bedeutsam gelten können.

Erstens dient der Begriff Pluralismus oftmals in einer neutralen Perspektive zur Beschreibung ausdifferenzierter Gesellschaften. In demokratischen Gesellschaften herrscht Meinungs- und Redefreiheit

und jeder Bürger kann sich für eine Weltanschauung, einen Beruf oder eine politische Meinung selbst entscheiden. Pluralismus, als Beschreibung faktischer gesellschaftlicher Vielfalt, ist in dieser Hinsicht ein Kernmerkmal demokratischer Gesellschaften.

Neben dieser deskriptiven können zwei normative Verwendungsweisen des Begriffs unterschieden werden. In der ersten der beiden Hinsichten wird Pluralismus als ein positiver Wert begründet (vgl. Berlin 1988). Pluralismus dient nicht nur zur Beschreibung heterogener Gesellschaften, sondern wird in einer normativen Hinsicht als positiv bewertete Basis gesellschaftlichen Zusammenlebens interpretiert. Gerade weil jeder Bürger denken, tun und glauben darf, was er will, kann überhaupt erst so etwas entstehen wie eine freiheitliche Gesellschaft, in der Menschen friedlich miteinander zusammenleben. Pluralismus sichert in dieser Hinsicht den gesellschaftlichen Zusammenhalt und wird so als Garant des gesellschaftlichen Zusammenhalts gedeutet.

In der dritten und letzten Verwendungsweise wird der Begriff Pluralismus eher negativ konnotiert. Aus dieser Perspektive stellt er eine Gefahr für die gesellschaftliche Einheit dar, weil die Vielfalt auf den verschiedenen Ebenen (Lebenswelt, Politik, Kultur usw.) in unterschiedlicher Weise den Zusammenhalt gefährdet: Entweder wird der Pluralismus als eine Normschwäche gedeutet, die Ausdruck fehlender gemeinsamer Werte ist, oder er ist ein Symptom für Entsolidarisierungstendenzen komplexer Gesellschaften. Wachsender Egoismus, Heimatlosigkeit oder fehlende Hilfsbereitschaft werden typischerweise beklagt. Teilweise geht diese Pluralismuskritik sogar so weit, dass ein „Verfall“ des Staates beziehungsweise der demokratischen Prinzipien von Staatlichkeit durch wachsenden Lobbyismus und die Orientierung am Eigeninteresse in politischen Entscheidungen diagnostiziert wird. Hinter allen drei Vorwürfen steht die Forderung nach mehr gesellschaftlicher Einheit – sei es als eine kulturelle Gemeinschaftsvorstellung oder eine geteilte politische Wertebasis. Die Vorwürfe sind für Vertreter dieser Pluralismuskritik ein Ausdruck dafür, dass liberale Gesellschaften mehr brauchen als formale Gleichheit. Es reicht nicht aus, dass allen Bürgern formal betrachtet die gleichen Rechte zukommen, sondern Gesellschaften brauchen auch eine materiale Gemeinschaftsvorstellung, denn nur so können

gesellschaftliche Normen begründet werden. Wie dieses Gemeinschaftsgefühl definiert oder erzeugt werden kann und wie weit die darin impliziten normativen Forderungen reichen sollen, ist allerdings umstritten.

Vor diesem Hintergrund wird deutlich, dass individuelle Selbstbestimmung und die Forderung nach Gemeinschaft in modernen Gesellschaften immer in einem Spannungsverhältnis zueinander stehen. Einerseits gehören Autonomie und Selbstbestimmung zu den Kernmerkmalen moderner Gesellschaften. Bürger wollen selber über ihr Leben entscheiden, auch wenn diese Entscheidungen gegen die Gemeinschaft und den *Common Sense* gerichtet sein sollten. Andererseits sind Menschen immer Teil einer Gemeinschaft, in sprachlicher, historischer, kultureller, politischer und auch normativer Hinsicht. Wenn eine Gesellschaft diesbezüglich keine gemeinschaftliche Ebene mehr aufweist, läuft sie Gefahr zu erodieren oder zumindest wird ein friedvolles Zusammenleben erschwert.

Gleichzeitig haben Sozialphilosophen und Soziologen in den vergangenen Jahrzehnten bei aller Notwendigkeit von Vergemeinschaftung auf die Grenzen dieses Prozesses aufmerksam gemacht. Aus sozialphilosophischer Sicht hat sich beispielsweise Isaiah Berlin intensiv mit dem Verhältnis von Pluralismus und Vergemeinschaftung beschäftigt. Er argumentiert, dass moderne Gesellschaften auf Werten wie Freiheit und Gleichheit fußen, die universellen Charakter haben. Diese Werte sind allerdings nicht immer in Einklang zu bringen, im Extremfall können sie sich in pluralen Gesellschaften sogar widersprechen. Immer dann, wenn eine endgültige Harmonisierung der Werte versucht wird, droht Gesellschaft totalitär zu werden, so Berlin.

„So I conclude that the very notion of a final solution is not only impracticable but, if I am right, and some values cannot but clash, incoherent also. The possibility of a final solution—even if we forget the terrible sense that these words acquired in Hitler's day—turns out to be an illusion; and a very dangerous one. For, if one really believes that such a solution is possible, then surely no cost would be too high to obtain it.“ (Berlin 1988: 16)

Daher sind moderne Gesellschaften notwendig auf einen offenen Diskurs zur Umsetzung dieser Werte in den konkreten gesellschaftlichen und politischen Fragen angewiesen; erst dieser

Diskurs über die Anpassung der gemeinschaftlichen Werte an die konkrete Situation kann gesellschaftlichen Zusammenhalt herstellen.

Als ein Beispiel aus der Soziologie zu diesem Themenfeld sei die Studie von Elias und Scotson zu Etablierten und Außenseitern erwähnt (Elias/Scotson 1993). Im Prozess des Zuzuges neuer Mitbewohner in etablierte Gemeinschaften konstituiert sich für die beiden Autoren automatisch ein Exklusionsmechanismus. In diesem exkludierenden Normierungsprozess werden alle positiven Eigenschaften nach innen und alle negativen Eigenschaften nach außen zugeschrieben. Damit einhergehen die Bildung von Stereotypen und die Stigmatisierung der Außenseiter. Das Problem besteht darin, dass sich die Außenseiter meist nicht schnell genug organisieren können, um dieser Entwicklung entgegenzusteuern, und dieser Prozess daher zu überzogener Abgrenzung führen kann. Genau darin besteht in soziologischer Hinsicht das Gefährdungspotenzial von einer starken Betonung von Gemeinschaft als notwendige Voraussetzung gesellschaftlichen Zusammenhalts.

4 Demokratie und gesellschaftlicher Zusammenhalt: Deliberative Verfahren und politischer Streit

Diese Hinweise auf die Gefahren einer überzogenen Betonung gesellschaftlicher Einheit bedeuten wiederum nicht, dass nicht auch Demokratien von einem bestimmten Maß von Gemeinschaftsvorstellungen leben würden. Demokratien sind keine Ansammlungen vereinzelter Bürger, sondern soziale Beziehungen und komplexe Prozesse ineinander verschränkter Vergemeinschaftung kennzeichnen die moderne Gesellschaft. Demokratien sind auf eine, wenn auch formale und oftmals brüchige, kollektive Identität angewiesen. Diese kollektive Identität befindet sich jedoch in einem fortlaufenden Prozess der Selbst- und Neuerfindung. Bereits Humboldt spricht in diesem Zusammenhang von der Idee der Menschheit, die ständig neu von allen Mitgliedern der Gesellschaft zu verwirklichen ist. Jedes Verstehen des Anderen verändert dabei gleichzeitig das Gemeinschaftsverständnis.

In Demokratien ist man bemüht, eben jenen normativen Vorstellungen hinsichtlich der Grundlagen von Gemeinschaftsbildung auch einen rechtlichen Ausdruck zu geben: Das Grundgesetz ist ein typisches Beispiel, wie dieser Prozess gelingen kann; Überlegungen zu möglichen Formen des Verfassungspatriotismus (vgl. Habermas 1992) gehören zu den andauernden Bemühungen der Weiterentwicklung und Tradierung. Allerdings sind auch rechtliche Regelungen immer interpretationsoffen. Die gegenwärtige Debatte über die Beschneidung von Kindern aus religiösen Gründen belegt dies deutlich. Hier zeigt sich ein Spannungsverhältnis zwischen dem Recht auf körperliche Unversehrtheit, dem Recht auf Erziehung und der Religionsfreiheit, das nicht eindeutig gelöst werden kann. Gesellschaften sind darauf angewiesen, in einem offenen Diskurs solche Spannungen reflexiv zu bearbeiten und gemeinsame politische Lösungen zu finden.

Die Politische Philosophie kennt unterschiedliche Wege, wie solche Konflikte in pluralen Gesellschaften gelöst werden sollen. Zwei typische Wege sollen hier einander gegenübergestellt werden, weil sie als prototypisch für zwei Argumentationsfiguren hinsichtlich des gesellschaftlichen Zusammenhaltes in Demokratien angesehen werden können. Dabei geht es einerseits um die Konzeption der deliberativen Demokratie von Jürgen Habermas und andererseits die Theorie der radikalen Demokratie von Chantal Mouffe.

Das gesamte philosophische Schaffen von Habermas steht unter einer aufklärerischen Leitidee: Er möchte Emanzipation und Demokratie fördern, Menschen zur Beteiligung an gesellschaftlichen Prozessen bewegen und zu mehr Verständigung beitragen. Seine philosophische Grundidee setzt bei der alltäglichen Situation des Gesprächs an. Er stellt fest, dass Menschen nicht miteinander sprechen können. Im Gespräch suchen sie in unterschiedlicher Weise nach Verständigung – dies ist die Grundidee der Diskurstheorie. Sprache ist also nicht nur die basale Form von Intersubjektivität, sondern gleichzeitig ein grundlegender Schritt auf dem Weg zu Emanzipation und Verständigung, denn mit dem ersten sprachlichen Satz ist „die Intention eines allgemeinen und ungezwungenen Konsensus unmissverständlich ausgesprochen“ (Habermas 1968: 163).

Die Basis der hierauf aufbauenden Demokratietheorie ist ein dreigeteiltes Gesellschaftskonzept, das Lebenswelt, Öffentlichkeit und

Systeme unterscheidet. In der Lebenswelt werden die Formen menschlicher Verständigung fundiert. In den lebensweltlichen Kontexten des Alltags handeln Menschen intuitiv kommunikativ und suchen nach Verständigungen. Die Öffentlichkeit wiederum hat die Aufgabe, die Problemlagen, die in der Lebenswelt entstehen, aufzunehmen, lautverstärkend in den öffentlichen Raum einzuspeisen und Druck auf das politische System ausüben. Der Bereich der Systeme trägt der Einsicht Rechnung, dass Menschen auch strategisch handeln, d.h. funktional ein bestimmtes Ziel verfolgen.

Mit Blick auf die Grunderfahrung des Sprechens erkennen Menschen in ethischer Hinsicht, dass diejenigen Normen als legitimiert anerkannt werden können, denen alle zustimmen können. Der diskursethische Grundsatz lautet, „dass nur die Normen Geltung beanspruchen dürfen, die die Zustimmung aller Betroffenen als Teilnehmer eines praktischen Diskurses finden (oder finden könnten)“ (Habermas 1983: 103). Dahinter steht die Einsicht, dass derjenige, der zu argumentieren anfängt, schon immer bestimmte Regeln respektiert, hinter die er oder sie nicht mehr zurückgehen kann. Wer redet, muss diese Regeln immer schon akzeptieren, denn sonst verwickelt er sich in einen Selbstwiderspruch. Die Diskursethik setzt also bei der Lebenswirklichkeit der Menschen an. Sie ist dabei eine formale Ethik. Ganz in der kantischaufklärerischen Perspektive geht Habermas davon aus, dass Menschen rational kommunizieren und sich in einem (wenn auch hypothetischen) Diskurs einigen können. Diese kommunikative Rationalität begründet dabei eine dialogische Ethik. Normen für das Zusammenleben können nur aus dem dialogischen Argumentieren selbst begründet werden und nicht aus einer monologischen Vernunftspekulation.

Habermas hat in vielen Schriften aufgezeigt, wie diese philosophische Einsicht politisch umgesetzt werden kann. „Deliberative Demokratie“ ist der Begriff, der über diesen Überlegungen von Habermas steht (vgl. exemplarisch Habermas 1992). Damit ist gemeint, dass Meinungs- und Willensbildungsprozesse institutionalisiert werden sollten, durch die möglichst alle Betroffenen einer Gesellschaft an den Diskursen über kritische Fragen des Zusammenlebens beteiligt werden können. Die sich spontan bildende, kreative und dezentrale nicht-vermachtete Öffentlichkeit sichert dabei die Pluralität von